

DIE „CONSULTA“ ZUR REFORM DES AUTONOMIESTATUTS SETZT IHRE ARBEIT FORT

Heute Nachmittag wurde das Treffen der „Consulta“ um 14.00 Uhr im Sitzungssaal des Rates der Autonomen Provinzen eröffnet. Es wurde über fünf Themenbereiche diskutiert, die in das Abschlussdokument einfließen werden: 1. Selbstverwaltung und Subsidiarität. Autonome Provinzen und Region: Rollen, Aufgaben und Beziehungen; 2. Zusammenleben in der Vielfalt. Sprachminderheiten; 3. Das örtliche Selbstverwaltungssystem. Gemeinden, Formen des Zusammenschlusses und Vertretung; 4. Aktive Bürgerschaft und gute Verwaltung. Direkte Demokratie, Bürgerbeteiligung und gute Verwaltung; 5. Die institutionelle Organisation. Regierungsform.

Der Präsident der „Consulta“ betonte in seiner Einführung, dass das Abschlussdokument konkrete Formen annimmt. Im Rahmen der Treffen wurden nämlich auch in Artikeln abgefasste Vorschläge für einige Aspekte erarbeitet, die dem Abschlussdokument als Anlage beigefügt werden.

Der erste TOP war den Sprachminderheiten gewidmet. Die „Consulta“ befasste sich mit dem heute präsentierten Vorschlag, eine Eröffnungsklausel vorzusehen, um die Vielfalt im Allgemeinen als Ausdruck eines den gesellschaftlichen Pluralismus begünstigenden Umfelds zu fördern. Unter dem zweiten TOP wurde – ausgehend von einem in Ausarbeitung befindlichen Entwurf – über die örtlichen Körperschaften diskutiert. Laut diesem Vorschlag soll die Gesetzgebungsbefugnis in Sachen örtliche Körperschaften den Provinzen übertragen werden, wobei eine Koordinierungs- und Rahmenfunktion in der regionalen Zuständigkeit bleiben soll. Außerdem wurden nachstehende Möglichkeiten angesprochen: Verbleib bei der Region der Zuständigkeit in Sachen Personal der örtlichen Körperschaften; Eventuelles Erwähnen im Abschlussdokument der örtlichen Körperschaften der mittleren Ebene und der Formen des Zusammenschlusses; Anerkennung der historischen Formen gemeinschaftlicher Güterverwaltung als territoriale identitätsstiftende Elemente; Der Rat der örtlichen Autonomen Provinzen als Organ zur Vertretung der Gemeinden. Im Rahmen des dritten TOP wurde über „Subsidiarität und Selbstverwaltung“ diskutiert; ein Themenbereich, in dem Rollen, Aufgaben und Beziehungen zwischen Provinzen und Region vertieft werden. Die Mitglieder der „Consulta“ befassten sich zudem erneut eingehend mit der Rolle der Region und des Regionalrates. Abschließen wurden heute die TOPs betreffend „Direkte Demokratie, Bürgerbeteiligung und gute Verwaltung“ sowie „Regierungsform“ behandelt. Zu erstgenanntem Themenbereich wurde die Einführung eines Grundsatzes für besondere Bestimmungen hinsichtlich der Formen direkter Demokratie auf regionaler Ebene mit Bezug auf die Sprachminderheiten vorgeschlagen. Des Weiteren standen nachstehende Fragen zur Diskussion: Prinzipielle Trennung zwischen politischer Ausrichtung und Verwaltungstätigkeit, um den Grundsätzen der guten Verwaltung zu entsprechen; Festsetzung der Rolle und der Aufgaben einer eventuell bei der Region anzusiedelnden Behörde für die Beteiligung.

Das nächste Treffen der „Consulta“ wird am 12. März 2018 stattfinden.